

Informationsheft

des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

NOVEMBER 2026



Schreiben an die Fraktionen

Kernforderungen nach der Landtagswahl

Kandidaten zur Vorstandswahl • Kreisbauernverband im Gespräch mit dem Landrat

3

Landwirtschaft unter Druck

Kommentar

9

Agrarpolitik

Der DBV zur Zukunft der GAP

13

Recht

Chancen und Risiken der neuen Textform

4/5

Jetzt politische Weichen stellen

Kernforderungen nach der Landtagswahl

10

Soziale Sicherheit im Fokus

DBV-Fachtagung in Magdeburg

14

Agrar kompakt

Vermischtes

6/7

Wer stellt sich zur Wahl?

Die Kandidatinnen und Kandidaten für den Vorstand

11

Kreisbauernverband im Gespräch mit dem Landrat

Landwirtschaft unter Druck

8

Verantwortung und Kontrolle

Die Kandidatinnen für die Revisionskommission

12

Landwirtin des Jahres 2026

Theresa Ungru gewinnt den CERES AWARD

Das Mitgliederportal Ihre digitale Landwirtschaftszentrale

Ein Login, alle Inhalte.

Nachrichten, Analysen, Rundschreiben und Termine.

Das Portal macht die **Verbandsarbeit transparent** und liefert Ihnen genau die **Informationen**, die Sie **für Ihren Betrieb** brauchen.



portal.bauernverband-st.de



Impressum

Herausgeber

Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Maxim-Gorki-Straße 13 · 39108 Magdeburg
Tel. 0391 / 7 39 69-0 · Fax 0391 / 7 39 69-33
www.bauernverband-st.de · info@bauernverband-st.de
V.i.S.d.P. Marcus Rothbart

Das Informationsheft
ist ein Presseorgan des
Bauernverbandes
Sachsen-Anhalt e.V.

Redaktion

Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Ansprechpartner: Erik Hecht, Referent für
Medien, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit;
Torsten Freitag, Referent für Online-Redaktion und Medien
Redaktionsschluss: 29.10.2026
Texte, wenn nicht anders gekennzeichnet: Erik Hecht

Bildnachweis

Alle Bilder und Grafiken wurden durch den
Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V. erstellt.
Ausnahmen: S.9 © Von Dilliff - Eigenes Werk,
CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=35972521>;
S.15 © Image by magnific

Werte Mitglieder, wertee Leserinnen und Leser,

ein wirtschaftlich sehr herausforderndes Jahr, nicht nur in der Landwirtschaft, biegt langsam, aber sicher auf die Zielgerade ein. Auf vielen Betrieben herrscht ein Mangel an Liquidität und trotzdem müssen fällige Rechnungen bezahlt werden. In der Intensität befinden wir uns tatsächlich in einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation, die es so noch selten gab. Deswegen hebt sie sich negativ ab von mal vorkommenden schlechten Einzeljahren und dem vom Berufsstand bekannten eher kritischen Bewerten der Gesamtlage.

Konfrontiert mit horrenden Energiepreisen, insbesondere beim in der Landwirtschaft bis auf längere Sicht unverzichtbaren Diesel und weiteren hohen Inputkosten, sind die Einnahmen in den meisten Produktbereichen auf einem unzulänglichen Niveau. Bis auf Geflügel und Rindfleisch haben alle erheblichst zu tun und die Kosten werden schon länger nicht mehr gedeckt, bei zugleich schwierigen Prognosen für die Zukunft. Bei der Milch zeichnet sich zwar ab, dass die Preise wieder anziehen, aber von einer Kostendeckung sind wir auch hier noch länger entfernt.

Durch diese Lage kommt als Betrieb nur halbwegs durch, wer über einen längeren Zeitraum sehr sorgfältig seine finanzielle Betriebsstruktur für alle Eventualitäten aufgestellt hat, unter Einbezug aller Einnahme- und Ausgabeoptimierungen. Vor allem braucht es in diesen Tagen ein gutes und belastbares Verhältnis zur Hausbank und diese muss auch verstehen, dass diese schwierige Situation nicht nur am betroffenen Einzelunternehmen liegt. In der Krise zeigt sich, wie Partnerschaft gelebt wird.

Für unsere Branche stehen wichtige Entscheidungen zur künftigen Finanzierung an. Zunächst geht es um den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2028, danach folgt die konkrete Ausgestaltung der GAP, die für die Betriebe zentrale Bausteine ihrer künftigen Einnahmen sichern soll und muss. In den letzten Wochen haben die Debatten um die künftige Finanzierung der EU kräftig Fahrt aufgenommen und die verschiedenen Positionen von Geber- und Nehmerländern wurden deutlicher. Dass zuerst die Finanzierungssituation sauber zu klären ist, ist folgerichtig aus Sicht des Berufsstands, danach dürfen und können erst die großen und kleinen Details einer GAP anstehen. Unsere Forderungen nach einem starken Agrarbudget sind klar, 500 Milliarden in der nächsten Förderperiode.

Nun haben in den vergangenen Tagen die wirtschaftsliberalen Ökonomen des Kronberger Kreises die vollständige Abschaffung der Direktzahlungen und der wettbewerbsrechtlichen Sonderregelungen für die Landwirtschaft gefordert. Das ist ihr legitimes Recht, nur müsste man dann auch ein Bild entwickeln, wie in Mitteleuropa unter den Rahmenbedingungen einer sehr teuren Produktion die entstehenden Einnahmeverluste ausgeglichen werden und welche Landwirtschaft dann in Deutschland und Europa noch übrig bleiben soll. Wir sind schlicht nicht mit Neuseeland, Kanada, Südamerika oder Zentralasien zu vergleichen. Schon bisher sind die Agrarzahlungen ein erheblicher und relevanter Posten auf der Einnahme-

seite der Unternehmen. In Krisenjahren wie diesen sind sie schlicht unverzichtbar und auch sonst einkalkuliert in die Gesamtfinanzierung einer Branche, die bei den Einnahmen mehr oder minder direkt an Weltmarktpreisen hängt.

Es ist dabei wohlfeil, stets ins Feld zu führen, dass die Zahlungen an Relevanz verloren haben, da sie überwiegend an Verpächter und damit Grundeigentümer durchgereicht werden. Dass sich Pachtpreise aufgrund der generellen Marktlage allmählich eher nach unten anpassen müssen, ist aktiven Betrieben klar, nur ganz ohne Pachten wird es auch nicht funktionieren. Diese werden immer einen erheblichen Anteil der betrieblichen Gesamtkosten ausmachen und würden auch dann noch vorhanden sein, wenn es keine Agrarzahlungen mehr geben würde. Hinter diesem auch von Umweltseite stets transportierten Bild der nur durchgereichten Agrarzahlungen kann man eher noch vermuten, dass man vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Enteignungsdebatte in der Hauptstadt jeglichen Respekt vor kleineren Verpächtern als nicht relevanter Wählergruppe im ländlichen Raum verloren hat.

Für die Branche bestehen erhebliche politische Unsicherheiten, auch durch den Mangel an Entscheidungskraft pro Wirtschaft in der Breite der Bundesregierung. Mal unabhängig davon, dass diese eingezwängt ist in bisweilen erratische Entscheidungen anderer Länder mit weltweiten Folgen. Was heute gilt, gilt morgen schon nicht mehr. Darauf kann keine Bundesregierung der Welt, egal welcher Farbe, gute Antworten haben. Allein die Folgekosten bleiben an der Wirtschaft hängen. Deshalb ist es umso bedeutender, dass sich beide Koalitionspartner in Berlin, unabhängig ihrer ansonsten ausgeprägten politischen Grundausrichtungen, in staatspolitischer Verantwortung zusammenraufen und alles tun, damit aktive und fördernde Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik wieder Oberwasser erhält. Es geht nicht mehr darum, ob man jedes schon lange gewünschte Detail durchbekommt, sondern dass die große Linie für die passt, die das Land wirtschaftlich tragen.



Marcus P. Ullrich

Marcus Rothbart
Hauptgeschäftsführer des
Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.